

Wahlprüfsteine der DGUF und des DASV zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2010

Birthe HAAK, für den Vorstand der DGUF

Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai 2010 gehörten zu den Themen, die die politische Debatte in Deutschland im Frühjahr diesen Jahres maßgeblich beeinflusst haben. Die DGUF und der Dachverband Archäologischer Studierendenschaften (DASV) haben gemeinsam im Vorfeld der Wahl Wahlprüfsteine an die Parteien in NRW erstellt und die Wahlkämpfenden damit darum gebeten, zu aus Sicht der Archäologie relevanten Themen – von der Bodendenkmalpflege bis zur Hochschulbildung – Stellung zu beziehen. Ziel war es einerseits, als Akteur der Zivilgesellschaft bei den Parteien die Belange der Archäologie als relevantes Thema zu platzieren, zweitens die Positionierung der Parteien der Öffentlichkeit – und damit den Wähler/-innen in NRW – zugänglich zu machen. Der Fragenkatalog wurde gemeinsam unter Mitarbeit zahlreicher Mitglieder erstellt. Allen Beteiligten sei an dieser Stelle für ihr Engagement ganz herzlich gedankt!

Die Stellungnahmen der Parteien fielen sehr unterschiedlich aus: Ausführliche Antworten kamen von den Parteien Die Linke und FDP, wobei sich letztere vor allem auf den Fragenbereich Hochschulpolitik bezieht. Die Grünen teilten in einem kürzeren Schreiben mit, dass ihnen die Themen Archäologie, Denkmalpflege, Kulturgutschutz und Bildung wichtig seien, die Bearbeitung des Fragenkatalogs wegen seines Umfangs und seiner Komplexität vor der Wahl zeitlich jedoch nicht möglich sei. Von SPD und CDU gab es leider keine Reaktion. Für die vorliegenden Stellungnahmen möchten wir uns bei den Parteien recht herzlich bedanken!

Der Fragenkatalog sowie die Antworten der Parteien wurden vor der Wahl – sobald verfügbar – auf der Homepage der DGUF veröffentlicht. Zur Information sind sie außerdem auf den folgenden Seiten abgedruckt. Die Stellungnahmen der Parteien wurden und werden von der DGUF bewusst nicht inhaltlich kommentiert. Es ging und geht nicht darum, explizite Wahlempfehlungen abzugeben, zumal bei der persönlichen Wahlentscheidung neben den Belangen der Archäologie selbstverständlich auch andere Politikfelder wichtig sind. Vielmehr sprechen die Antworten der Parteien für sich und die interessierten Leser/-innen können ihre eigenen Schlüsse daraus ziehen.

Auch nach der Wahl behalten die Stellungnahmen ihren Wert, da sie für die DGUF eine Grundlage sein können, themenspezifisch in der kommenden Legislatur Kontakt zu den Parteien aufzunehmen. Als Beispiel sei das Angebot der Linken genannt, sich in der Frage der besseren Einbeziehung archäologischer Themen in das Lehramtsstudium mit der DGUF auszutauschen.

Eine kritische Rückmeldung zu den Wahlprüfsteinen von DGUF und DASV erreichte uns vom Leiter des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Herrn Prof. Dr. Jürgen Kunow und der Direktorin des LVR-Landesmuseums Bonn, Frau Dr. Gabriele Uelsberg. Zur Information ist dieses Schreiben ebenfalls im Folgenden abgedruckt. Im Kern beinhaltet es den Vorwurf, die Situation der Archäologie und Bodendenkmalpflege im Landschaftsverband Rheinland sei aufgrund unzureichender Recherche in den Wahlprüfsteinen falsch dargestellt und es bestünde die Gefahr, damit den Belangen der Archäologie zu schaden. Dies weist der Vorstand der DGUF zurück, insbesondere da eine ganze Reihe von Fachkolleg/-innen an der Erarbeitung beteiligt waren, die die Situation in NRW und auch im Rheinland aus ihrer eigenen Tätigkeit gut kennen. Es ist aber vielleicht auch nicht verwunderlich, wenn die Leitungsebenen großer Institutionen teilweise zu anderen Einschätzungen gelangen als ein überregionaler und unabhängiger Verband. Nichts desto trotz bedauern wir die entstandene Missstimmung und werden uns bei zukünftigen Wahlprüfstein-Aktivitäten darum bemühen, solchen durch eine bessere Abstimmung im Vorfeld vorzubeugen.

Die DGUF wird sich bemühen insbesondere angesichts der positiven Rückmeldungen aus der Mitgliedschaft auch im Vorfeld künftiger Wahlen das Instrument Wahlprüfsteine fortzuführen; auch wenn dies aufgrund begrenzter ehrenamtlicher Kapazitäten nicht bei allen Landtagswahlen möglich sein wird.

Die Reaktion der Grünen und möglicherweise auch die Nicht-Reaktion von SPD und CDU in NRW werten Vorstand und Beirat als Hinweis, die Fragenkataloge in Zukunft stärker zu fokussieren und zu verkürzen, um den Parteien die Bearbeitung zu erleichtern. Wir freuen uns über Anregungen und hoffen auch bei künftigen Aktionen auf die Bereitschaft von Mitgliedern, sich an der Ausarbeitung zu beteiligen.

Die DGUF-Tagung 2010 in Aschaffenburg war eine kleine aber feine Tagung. Sie fand gleichzeitig mit der Tagung der französischen Gesellschaft für Eisenzeit statt, wodurch sich auch viele Kontakte mit den Kollegen der Paralleltagung ergaben, besonders bei der feierlichen Eröffnung der Ausstellung zur Eisenzeit am Untermain im Schloss Johannisburg. Das Thema der Tagung, Archäologie und Macht, war vor allem auf das Verhältnis archäologischer Forschung zu Machtinstitutionen / politischen Ideologien gemünzt. Dabei denkt man natürlich in Deutschland unwillkürlich an das Verhältnis von Archäologie und Nationalsozialismus, einem Kapitel dessen Aufarbeitung sich gerade in den letzten Jahren eine Reihe von tiefeschürfenden Arbeiten gewidmet haben. Die Vorträge auf der Tagung in Aschaffenburg zeigten aber deutlich wie aktuell das Thema heute ist. Besonders eindrucksvoll waren dazu etwa die Ausführungen zur Schaffung eines eigenen Nationalbewusstseins in der jungen Republik Makedonien, die aufgrund des Streites mit dem benachbarten Griechenland derzeit immer noch den komplizierten offiziellen Namen „Ehemalige jugoslawische Republik Makedonien“ tragen muss. Gerade in der Auseinandersetzung um das Recht auf den Namen Makedonien und seine Assoziationen mit Alexander dem Großen setzt die Regierung in Makedonien nun ganz gezielt auf eine archäologische Untermauerung des eigenen Anspruchs - während nebenan Griechenland seinen Helden in Vergina mit Pomp und Gloria inszeniert. Viel diffiziler ist der Einfluss auf die Archäologie, oder historische Forschung ganz allgemein, durch z. B. die Förderpolitik der Europäischen Union und der in allen Förderanträgen geforderte Nachweis des europäischen Mehrwertes, der besonders bei kulturhistorischen Projekten unter dem Schlagwort „Einheit in Vielfalt“ die gemeinsamen europäischen Werte und historischen Wurzeln herausstreichen soll. Aber auch auf nationaler Ebene wirken Förderprogramme und politisch oder aus dem Mainstream geforderte Forschungsziele und gewünschte Ergebnisse durchaus zu einem massiven Einfluss auf archäologische Forschung - wenn sich die meisten Protagonisten dessen auch oft gar nicht so bewusst sind, oder es um des Erhalts der gewünschten Fördermittel stillschweigend hinnehmen. So brachten die Vorträge einen spannenden Einblick in die Bedingungen von - keineswegs nur archäologischer - Forschung heute, mit historischen Rückblenden, die zum Vergleich und zum Nachdenken einluden. Die Exkursion zu Grabungen des Archäologischen Spessart-Projekts an mittelalterlichen Burgen führte dann in die archäologisch / historische Dimension des Tagungsthemas - die Archäologie von Machtanspruch, Repräsentation und Machtdemonstration in der Vergangenheit und setzte so einen Kontrapunkt zu den politisch-theoretischen Vorträgen. Zugleich schlug sie schon einmal einen Bogen zu der Tagung 2011 in Erfurt mit dem Thema Archäologie und Religion, besonders an der Grabung Gotthardsberg - einer auf den Fundamenten einer geschleiften Burg errichteten Klosteranlage. Insgesamt kann man sagen, dass alle Teilnehmer die Tagung in Aschaffenburg als anregend und spannend empfunden haben, und auch die exzellente Kneipenszene in Aschaffenburg ihre angemessene Würdigung gefunden hat.

Gerhard Ermischer, Aschaffenburg
